

Wahlperioden (deren Verlängerung ist insofern demokratiemindernd) Legitimation für die politischen Grundlinien. Aber sie behalten auch die Freiheit und Verantwortung, den Entscheidungsprozess zu begleiten. Sie agieren auf der Zeitachse. Ein Volksvotum zu Einzelfragen oder -personen, meist zudem bei extrem geringer Beteiligung, bleibt ein Schiedsspruch aus einem Momentum, der politischen Abstimmungssekunde heraus.

Kein Grund also, sich immer wieder dorthin treiben zu lassen. Demokratische

Beteiligung ist eben etwas anderes als ein gelegentlicher privatisierter Abstimmungsakt. Zu ihr gehören auch Kontinuität, Organisation, soziale Einmischung im Alltag. Es geht längst darum, wie ernst die Engagierten sich selbst noch nehmen. Und ob sie noch stark genug sind, den demokratischen Grundkonsens an Werten und damit auch die Regeln zu verkörpern, die es für komplexe, prozesshafte Entscheidungen braucht. Dies weiter auszuhöhlen, ist falsch – auch wenn es sympathisch daher kommt.

Frank Decker

## »Niedriger hängen«

### Das Bundespräsidentenamt im Parteienstreit

*Die Nominierung von Gesine Schwan ist bei Union und FDP auf Empörung gestoßen. Doch ist diese Aufregung tatsächlich angebracht? Haben Präsidentenwahlen tatsächlich »Signalfunktion« für die Wahlen zum Bundestag? Die veränderten politischen Parameter im Fünf-Parteien-System erfordern genaue Differenzierung.*

#### Frank Decker

(\* 1964) ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn. 2007 erschien im VS Verlag das *Handbuch der deutschen Parteien* (Hg. zus. mit Viola Neu).

frank.decker@uni-bonn.de



Seit 1979 ist es Tradition, die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung am 23. Mai, dem Verfassungstag, vorzunehmen. Im nächsten Jahr, wenn das Grundgesetz 60. Geburtstag feiert, verspricht dieser Tag noch interessanter zu werden als sonst. Nicht nur, dass es zur Neuauflage desselben »Duells« kommt, das mit seinem knappen Ausgang schon 2004 für Spannung gesorgt hat. Noch brisanter ist, dass sich zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein amtierender Bun-

despräsident der Wiederwahl stellt, der über keine sichere Mehrheit in der Bundesversammlung verfügt. Die überraschende Bewerbung von Gesine Schwan ist bei Union und FDP auf Empörung gestoßen, weil sie Horst Köhler vor eine schwierige Alternative gestellt hat: Sollte er bei einer erneuten Kandidatur das Risiko der Abwahl auf sich nehmen oder es so halten wie Walter Scheel, Roman Herzog oder Johannes Rau, die – unter allerdings viel aussichtsloseren Bedingungen – ihren Verzicht auf eine zweite Amtszeit erklären mussten? Dass sich das Staatsoberhaupt für den riskanten Weg entschieden hat, nötigt Respekt ab.

Im Parteienstreit um die Besetzung des Amtes werden auch diesmal drei Fragen in den Vordergrund rücken, die in ähnlicher Form schon bei früheren Präsidentenwahlen eine Rolle gespielt haben: Ist es ungehörig, einem populären und allseits res-

pektierten Amtsinhaber die Wiederwahl zu verwehren? Darf ein Kandidat auch auf die Stimmen extremistischer oder radikaler Parteien setzen? Haben Bundespräsidentenwahlen eine Signalfunktion für die Bundestagswahlen?

### **Popularität und Mehrheitsverhältnisse**

Die erste Frage wird durch die normative Kraft des Faktischen beantwortet. Der Charakter der überparteilich angelegten Funktion des Staatsoberhauptes bringt es mit sich, dass die Bundespräsidenten sich schon sehr dumm anstellen oder vom Schicksal gebeutelt sein müssen, um in der Bevölkerung *nicht* populär zu sein. Manche Präsidenten haben dem noch ein bisschen nachgeholfen, indem sie ihr überparteiliches Amtsverständnis durch öffentlich geäußerte Kritik an der parteipolitischen Klasse würzten. Auch dem jetzigen Amtsinhaber ist dieser Hang zum beifallsheischenden Populismus nicht fremd.

Auch populäre Präsidenten können ihrer Wiederwahl allerdings nicht sicher sein, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesversammlung ändern. Mit Theodor Heuss und Richard von Weizsäcker sind bisher nur zwei Präsidenten nach Ablauf ihrer ersten Amtszeit ohne Gegenkandidaten bestätigt worden. Dem von der CDU vorgeschlagenen Heinrich Lübke gelang die Wiederwahl 1964 mit Unterstützung der oppositionellen SPD, nicht jedoch ihres Koalitionspartners FDP, die mit Ewald Bucher einen eigenen Kandidaten präsentierte. In anderen Fällen mussten populäre Präsidenten weichen, weil die neue Mehrheit die Chance nutzen wollte, den Posten selbst zu besetzen. Auf diese Weise gelangten 1979 der CDU-Mann Karl Carstens, 1999 der Sozialdemokrat Johannes Rau und 2004 der von Union und FDP aufgestellte Horst Köhler in das höchste Staatsamt. Bei einer Direktwahl durch das Volk

wären sie ihren Vorgängern vermutlich unterlegen gewesen. Insofern verhält sich die SPD mit der Kandidatur Gesine Schwans jetzt genauso gebühlich oder ungebührlich wie die Union, die 1979 die mögliche Wiederwahl von Walter Scheel und 2004 die mögliche Wiederwahl von Johannes Rau vereitelt hat.

Das grundsätzliche Problem bleibt freilich bestehen: Es liegt darin, dass das parteiliche Bestellungsverfahren des Amtes zu dessen überparteilichem Verständnis nicht recht passt. Deshalb lohnt es durchaus, über Alternativen nachzudenken. Die häufig geforderte Direktwahl scheidet hier aus leicht einsehbaren Gründen aus, da sie sich mit der heutigen Machtlosigkeit des Amtes schlecht verträgt. Diese hat sich im Prinzip bewährt. Vorstellbar wären jedoch Änderungen *innerhalb* des bestehenden Verfahrens. Um die Parteien zu einem gemeinsamen Vorschlag zu bewegen, könnte man bei der Wahl z.B. eine Zweidrittelmehrheit verlangen (wie in Estland, Griechenland, Italien und Ungarn). Oder man sieht einen Ausschluss der Wiederwahl bei gleichzeitiger Verlängerung der Amtszeit auf sechs oder sieben Jahre vor.

### **Umgang mit »kontaminierten« Stimmen**

Auch zur Beantwortung der zweiten Frage ist ein Rückblick auf frühere Wahlen hilfreich. 1994 ging der CDU-Kandidat Roman Herzog angesichts der Mehrheitsverhältnisse kein großes Risiko ein, als er ankündigte, die Wahl nur bei einem Vorsprung von mindestens 42 Stimmen annehmen zu wollen – dies entsprach dem Anteil der Vertreter, die PDS und Republikaner zusammen in der Bundesversammlung stellten. Hätte er auf das Amt andernfalls tatsächlich verzichtet? Der Unionsmann Gerhard Schröder hatte 1969 jedenfalls keine Probleme, die Unterstützung der rechtsextremen NPD bei seiner Kandidatur billi-

gend in Kauf zu nehmen, von deren 22 Vertretern in der Bundesversammlung im entscheidenden dritten Wahlgang sicherlich nicht viele für den am Ende knapp siegreichen Sozialdemokraten Gustav Heinemann votiert haben dürften.

Wenn Gesine Schwan für ihre Wahl in der Bundesversammlung auf die Stimmen der *Linkspartei* angewiesen sein wird, wäre das keineswegs eine Premiere. Schon 2004 hätte sie nur mit Hilfe der damaligen PDS gewinnen können, deren Stimmen sie annähernd geschlossen erhalten hat. Auch Johannes Rau hatte bei seiner erfolglosen Kandidatur gegen Roman Herzog 1994 von den PDS-Stimmen profitiert. Weil eine Mehrheit in beiden Fällen unwahrscheinlich war und die Unterstützung der PDS nicht ernsthaft als Vorbote einer sich abzeichnenden rot-rot-grünen Koalition im Bund betrachtet werden konnte, hielt sich die öffentliche Aufregung darüber freilich in Grenzen. Gewiss macht es einen qualitativen Unterschied, ob man die »kontaminierten« Stimmen als Unterlegener bekommt oder diesen tatsächlich den Sieg verdankt. Generell unstatthaft wäre eine Wahl mit Unterstützung der Linken wohl aber nur dann, wenn diese – wie die NPD – als extremistisch eingestuft, also zum nicht-demokratischen Teil des politischen Spektrums gerechnet werden müsste. Bei allen berechtigten Vorbehalten gegenüber den Postkommunisten kann davon keine Rede sein.

Ob man die Stimmen nimmt oder nicht, ist insofern keine Frage der politisch-kulturellen Hygiene, sondern eine der machtpolitischen Opportunität. Die Parteien streiten nur deshalb so heftig um die Besetzung des – für sich genommen ja eher unwichtigen Amtes –, weil sie damit eine Signalfunktion für die politisch ungleich wichtigeren Bundestagswahlen verbinden. Trifft diese Erwartung zu? Zwei Aspekte gilt es hier zu unterscheiden. Zum einen geht es um die Vorwegnahme möglicher Regierungskoalitionen. Blickt man auf frü-

here Wahlen zurück, so war es in einigen Fällen in der Tat so, dass die Bundespräsidentenwahlen spätere Regierungsbündnisse vorgezeichnet haben. Dies galt etwa für die von der SPD mit getragene Wiederwahl Lübkes 1964, die in die erste Große Koalition mündete, die Wahl Heinemanns mit Hilfe der FDP 1969, die die ein halbes Jahr später gebildete sozial-liberale Koalition anbahnte, oder auch die Stimmenthaltung der Liberalen bei der Wahl von Carstens 1979, die als Absetzbewegung von eben dieser Koalition interpretiert werden konnte und die Bonner Wende von 1982 vorwegnahm. Auch 1994, 1999 und 2004 ist die FDP bei den Präsidentenwahlen am Ende stets an der Seite der Union verblieben, während die Grünen im Gegenzug die sozialdemokratischen Kandidaten unterstützten.

### Veränderte Parameter

Mit dem Hinzutreten der PDS und der Etablierung einer gesamtdeutschen *Linkspartei* haben sich die Parameter der Koalitionsbildung inzwischen jedoch so verändert, dass Zweier-Bündnisse nach dem alten Muster unwahrscheinlich geworden sind. Die Koalitionslandschaft wird bunter; sie erzwingt neue Dreier-Konstellationen, die auch *Die Linke* als potenziellen Regierungspartner (für SPD und Grüne) mit einschließen. Dabei ist es sinnvoll und legitim, zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern, Landes- und Bundesebene sowie Bundespräsidenten- und Bundestagswahlen zu differenzieren. Will die SPD ein Zusammengehen mit der *Linken* nach der Bundestagswahl 2009 glaubhaft ausschließen, muss sie der Öffentlichkeit also vermitteln, warum die *Linkspartei* im Osten eine andere ist als im Westen, warum eine Zusammenarbeit in den Ländern (auch im Westen) weniger Probleme birgt als im Bund und warum eine Abstimmungskoalition in der Bundesversammlung kein Modell einer künftigen Bundesregierung dar-

stellt. Letzteres könnte sie u.a. mit dem Verweis auf das überparteiliche Amtsverständnis tun, die der Präsidentschaftswahl eher den Charakter einer Persönlichkeitwahl als einer Parteienwahl verleiht. Daher ist es völlig in Ordnung (und unter den Bedingungen der geheimen Stimmabgabe auch problemlos realisierbar), wenn sich die Delegierten in der Bundesversammlung bei der Stimmabgabe der Parteidisziplin stärker entziehen als sie das im Bundestag oder in den Landtagen tun würden. Gesine Schwan könnte von diesem Effekt wie schon 2004 profitieren.

Anders sieht es aus, wenn man die These der Signalfunktion aus der Sicht des Wählers betrachtet. Hier gibt es für einen Ausstrahlungseffekt des siegreichen Kandidaten auf die späteren Bundestagswahlen keine Belege. Die empirischen Befunde deuten in mancherlei Hinsicht sogar eher in die gegenteilige Richtung: So verhinderte die Wahl von Karl Carstens 1979 z.B. nicht die Niederlage der Union bei den im Jahr darauf stattfindenden Bundestagswahlen. Helmut Kohl hätte gegen Rudolf Scharping 1994 vermutlich auch dann gewonnen, wenn es der SPD gelungen wäre,

Johannes Rau in der Bundesversammlung gegen Roman Herzog durchzubringen. Und auch Angela Merkel und Guido Westerwelle mussten am Wahlabend des 18. September 2005 schmerzhaft erkennen, wie wenig ihr vermeintlicher Coup bei der Bundespräsidentenwahl wert war, als sie Horst Köhler als gemeinsamen Kandidaten durchsetzten.

So gesehen brauchen sich Union und SPD im Falle einer Niederlage also keine großen Sorgen zu machen. Sie wären demnach gut beraten, die Bedeutung der Präsidentschaftswahl in der Öffentlichkeit niedriger zu hängen. Durch die koalitionspolitische Überlagerung des Rennens wird dies wohl ein frommer Wunsch bleiben. Welche Blüten das schon jetzt treibt, konnte man besonders schön der allseits geschätzten FAZ entnehmen, die es fertig gebracht hat, die Nominierung von Schwan gleichzeitig als machtpolitisches Spiel der SPD zu verteufern (im Politik-Teil), um die Kandidatin wenige Seiten später (im Feuilleton) als die im Vergleich zu Köhler deutlich bessere Alternative zu loben. Wir dürfen gespannt sein, welche Interpretation sich am Ende durchsetzt.

